

Umweltkrise im Sahel

Wolfgang Pomrehn
ist freier Journalist.

Für Klimagerechtigkeit sorgen

von Wolfgang Pomrehn

Die Not, die die Menschen antreibt, hat viele Facetten, aber eine der wichtigeren davon ist mit Sicherheit der Klimawandel, der schon jetzt seine ersten Boten voraus schickt.

Im nahezu gesamten Sahelgürtel, der Savannen-Zone südlich der Sahara, hat in den letzten 35 Jahren die Durchschnittstemperatur bereits um ein bis zwei Grad zugenommen.

Damit liegt dort die Erwärmung deutlich über dem globalen Mittel.

Immer wieder werfen erschütternde Nachrichten und Bilder ein Schlaglicht auf die Situation an den Südgrenzen der EU: Seeuntüchtige Boote, die tagelang manövrierunfähig in gleißender Sonne auf Mittelmeer oder Atlantik herum irren, halbverdurstete Flüchtlinge, die mit letzter Kraft die Strände der kanarischen Inseln, Maltas oder Süditaliens erreichen, dutzende angespülter Leichen derjenigen, die nicht mehr das rettende Ufer erreichen konnten. Jeder Mensch, in dessen Brust noch ein Herz schlägt, fragt sich da, was treibt diese Menschen – meist Westafrikaner – zu diesen riskanten Unternehmen?

Weshalb setzen sie ihr Leben aufs Spiel, um nach Europa zu kommen? Nur unsere Politiker scheint diese naheliegende Frage nicht umzutreiben. Sie errichten lieber im Halbjahres-Rhythmus neue, noch höhere Hürden, die die Flüchtlinge auf noch gefährlichere Routen zwingen.

Um so wichtiger ist es angesichts dieser mörderischen Abschottungspolitik, dass wir über die Ursachen dieser afrikanischen Auswanderungswelle sprechen, darüber, dass viele der Gründe hierzulande zu suchen sind und in der direkten oder indirekten Verantwortung der gleichen Politiker liegen, die die Zäune ziehen und die Grenzen militarisieren.

Globale Erwärmung

Für die ohnehin heiße und regenarme Region ist das fatal, denn höhere Temperaturen bedeuten mehr Verdunstung und damit weniger Wasser für Mensch, Vieh und Landwirtschaft. Die derzeit auftre-

tenden gewaltigen Niederschläge, die weiten Teilen des Sahels zu dramatischen Überschwemmungen geführt haben, stehen dazu durchaus nicht im Widerspruch, denn ausgetrocknete Böden verhärteten sich und können kaum Wasser aufnehmen. Die Verteilung der Niederschläge auf wenige, katastrophentypische Ereignisse, verstärkt wegen der Zerstörungskraft der Unwetter das Problem eher noch.

Im Sahel, so berichtete im Frühjahr der UN-Rat der Klimawissenschaftler IPCC in seinem neuesten Bericht, haben die wärmeren und trockeneren Bedingungen zu einer Verkürzung der Vegetationsperiode geführt, was wiederum die Ernte vermindert hat. „Mehr als 60 Prozent der Bevölkerung lebt in West- und Zentralafrika von der Landwirtschaft“, heißt es in einem anderen Bericht des UN-Umweltprogramms UNEP. Die Verschlechterung der Böden in diesen beiden Regionen resultiert aus komplexen Wechselwirkungen zwischen Entwaldung, Ermüdung der Weiden, Rückzug der Wildtiere, Wüstenbildung, Bodenerosion und -versalzung sowie Abnahme der Bodenfruchtbarkeit.

Fluchtursache Klimawandel

Zu all dem kommt der von den Industriestaaten verursachte Klimawandel mit seinen vermehrten Dürren und extremen Niederschlägen noch hinzu. Und der steht erst am Anfang. In Afrika werden bis 2020 aufgrund des Klimawandels zusätzliche 75 bis 250 Millionen Menschen Probleme mit dem Zugang zu Trinkwasser bekommen, schreibt der IPCC in seinem Bericht. In einigen Ländern könnten

MALI

sich die Ernte um die Hälfte reduzieren, Mangelernährung werde sich ausbreiten. Hinzu kommt, dass auch die Erträge der Fischerei an den Küsten und vor allem in den Seen zurückgehen werden. Schließlich werden einige dicht besiedelte Küstenstriche vom Meeresspiegelanstieg betroffen sein, was hohe Anpassungskosten erfordern wird.

Prognose: Wassermangel

Nach 2020 wird es noch schlimmer kommen. Die Wissenschaftler schätzen, dass schon bei einer Erhöhung der globalen Temperatur um zwei Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau bis 2080 in Afrika zusätzliche 350 bis 600 Millionen Menschen unter Wassermangel leiden werden. Dazu muss man wissen, dass die zwei Grad als harmloseste Variante gelten. Die globale Temperatur hat seit dem Jahr 1900 bereits um etwa 0,7 Grad Celsius zugenommen. Um die Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, was von der EU und einigen anderen Staaten als Ziellinie ausgegeben wurde, müssten in den nächsten Jahren einschneidende Klimaschutzmaßnahmen ergriffen werden.

Die Veränderung des Klimas wird hauptsächlich durch Kohlendioxid hervorgerufen, das bei der Verbrennung von Kohle, Erdgas und Erdölprodukten freigesetzt wird. Etwa 36 Prozent der deutschen Emissionen dieses Treibhausgases kommen allein aus den hiesigen Kohlekraftwerken. Hierzulande werden pro Kopf und Jahr rund 12 Tonnen Treibhausgase in die Luft geblasen, in den USA sind es sogar rund 20 Tonnen. In den allermeisten afrikanischen Staaten liegt dieser Wert hingegen deutlich unter einer Tonne. Zwei Tonnen pro Kopf und Jahr

umgerechnet auf die Weltbevölkerung ist in etwa das Maß, das das Klimasystem vertragen kann, ohne dass es zu einer weiteren Erwärmung käme.

Man sieht also, und daran ließen auch die Wissenschaftler in ihrem Bericht keinen Zweifel, dass gerade diejenigen, die nichts zum Klimawandel beitragen, unter ihm besonders leiden und am wenigsten Schutz haben, da ihre Staaten verarmt sind. Auf jeden Fall brauchen sie dringend Unterstützung bei der Anpassung an den Wandel, denn ein Teil der Veränderungen wäre auch dann nicht mehr aufzuhalten, wenn sofort das Rad herum gerissen und weltweit eine klimafreundliche Umwelt- und Verkehrspolitik betrieben würde.

Die Verursacher sollen zahlen

Die britische Hilfsorganisation Oxfam hat die heute nötigen Anpassungskosten berechnet. Demnach müssten derzeit jährlich in den Entwicklungsländern 38 Milliarden Euro aufgebracht werden. Je länger sich die Industriestaaten Zeit lassen, die Konzentration der Treibhausgase in der Erdatmosphäre zu stabilisieren, desto größer wird dieser Betrag werden. Die Frage ist, woher dieses Geld angesichts der durch die Schuldtilgung ausgebluteten Staatsfinanzen vieler afrikanischen und lateinamerikanischer Staaten kommen soll. Bei Oxfam hat man darauf eine nahe liegende Antwort: Die Verursacher sollen zahlen. Die Organisation hat die Treibhausgasemissionen zwischen 1992 und 2003 zusammengezählt und verglichen. Oxfam kommt aufgrund dieser Zahlen und aufgrund der Zahlungsfähigkeit der einzelnen Länder zur folgenden Lastenverteilung: Die USA müssten 44 Prozent der Anpassungs-

kosten schultern. Japan stünde mit 13 Prozent an zweiter Stelle, und an dritter folgte bereits Deutschland, das gut sieben Prozent zu tragen hätte. Der Rest entfiel auf Großbritannien (fünf Prozent), Italien, Frankreich und Kanada (je vier bis fünf Prozent) sowie Spanien, Australien und Südkorea (je drei Prozent).

Bei Oxfam legt man Wert auf die Feststellung, dass es sich nicht um Hilfszahlungen handelt, sondern vielmehr um Kompensation. Die reichen Länder müssten die ärmeren für Schäden bezahlen, die durch die industriellen Tätigkeiten im Norden verursacht wurden. Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen aus Lateinamerika, Asien und Afrika sprechen in diesem Zusammenhang schon lange von Umweltschulden, die der Norden bei den Ländern des Südens hat. Nach den Oxfam-Berechnungen würden die deutschen Verbindlichkeiten jährlich rund 2,6 Milliarden Euro betragen, eine Summe, die mit Leichtigkeit aufzubringen wäre. Man könnte sie zum Beispiel bei den enormen Gewinnen der Stromkonzerne abschöpfen, die ihr Geld mit der Verbrennung von Kohle machen. Das Geld ist auf jeden Fall reichlich vorhanden: E.on kauft zum Beispiel gerade für sieben Milliarden Euro eigene Aktien auf, um zum Wohle der Aktionäre den Kurs in die Höhe zu treiben. Mit diesem Geld könnte man fast drei Jahresraten der deutschen Umweltschulden begleichen.

Wie man am Beispiel der Wasserknappheit im Sahel gesehen hat, werden selbst durch die bisher in Gang gesetzten Veränderungen viele Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren. Die logische Folge wird sein, dass sie anderswo ein Auskommen für sich und ihre Familien suchen. Die britische Entwicklungshilfeorganisation Christian Aid schätzt, „dass wenn zwischen jetzt und 2050 nicht einschneidende Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Klimaveränderungen ergriffen werden, eine Milliarde Menschen ihre Dörfer und Städte verlassen müssen.“ Und weiter: „Da die reiche Welt größten Teils für das zunehmend grausame Klima verantwortlich ist, liegt es auch in unsere Verantwortung als Verschmutzer, finanziell beim Schutz jener zu helfen, die die härtesten Konsequenzen zu tragen haben.“ Und schleunigst das Grenzregime aufzuheben, wäre zu ergänzen, das so vielen von ihnen den Tod bringt.